



**Dr. Jürgen Martens**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

### **Stand der Digitalisierung des Bundes**

**Dr. Jürgen Martens: "Das Ausmaß des Versagens auf diesem Gebiet war sehr überraschend"**

Zwickau, 23.11.2018

**Dr. Jürgen Martens, MdB**

Wahlkreisbüro  
Moritzstraße 28  
08056 Zwickau  
Telefon: +49 375 46007785  
juergen.martens.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227- 75418  
juergen.martens@bundestag.de  
<https://juergen-martens.com>

Die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag zeigt eindrücklich, dass die Digitalisierung der Verwaltung des Bundes weit hinter den gesetzlichen Zielvorgaben zurückbleibt und eine vollständig digitale Verwaltung auf Bundesebene in weiter Ferne liegt. So ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung beispielsweise, dass die in § 6 E-Government-Gesetzes (EGovG) statuierte Verpflichtung für die Behörden des Bundes, ihre Akten zum 01.01.2020 elektronisch zu führen, von erschreckend vielen Behörden nicht eingehalten wird. Bei einer Vielzahl von Bundesbehörden wird die eAkte noch überhaupt nicht genutzt, wobei in einigen Fällen – beispielsweise beim BMF – eine Einführung sogar erst für das Jahr 2022 geplant ist. Selbst bei den Behörden, welche die eAkte bereits eingeführt haben, wird sie oft nur von einem geringen Prozentsatz der Beschäftigten tatsächlich genutzt. Beim Statistischen Bundesamt nutzen beispielsweise lediglich 12% der Mitarbeiter die eAkte. Auch die Umsetzung des elektronischen Zugangs zur Verwaltung ist mehr als enttäuschend. Die Online-Ausweisfunktion (eID) wird laut Auskunft der Bundesregierung noch nicht flächendeckend von den Behörden angeboten, obwohl Bundesbehörden gem. § 2 Abs. 3 E-GovG genau dazu verpflichtet sind. Ferner räumt die Bundesregierung in ihrer Antwort ein, dass der Nutzungsgrad von De-Mail, einem Dienst, der eine rechtssichere und verschlüsselte Nachrichtenübermittlung ermöglichen soll, hinter den eigenen Erwartungen zurückbleibt. Dazu Dr. Jürgen Martens, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und Initiator der Anfrage: „Dass die Digitalisierung der Verwaltung des Bundes schleppend vorankommt, war allgemein bekannt. Aber das Ausmaß des Versagens auf diesem Gebiet, das unsere Anfrage zutage gefördert hat, war doch sehr überraschend. Der Bund bricht offen die zwingenden gesetzlichen Vorgaben, die er sich selbst gegeben hat. Es ist nicht zu erklären, dass der Staat einerseits die für ihn selbst geltenden Vorgaben nicht einhält, während er andererseits von jedem Bürger ohne Ausnahme verlangt, seine Steuererklärung elektronisch zu übermitteln.“